

## **Studie "25 Armeen oder eine?" Die Einstellung der Österreicher zu einer gemeinsamen Europäischen Armee"**

Im Rahmen einer Pressekonferenz der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) am 9. Jänner im Presseclub Concordia präsentierten *Prof. Herbert Krejci* (Präsident der ÖGfE), *Dr. Heinz Kienzl* (Vizepräsident der ÖGfE), *Dr. Gerhard H. Bauer* (Generalsekretär der ÖGfE) und *Sektionschef Hon. Prof. DDr. Erich Reiter* (Beauftragter für Strategische Studien und Leiter des Büros für Sicherheitspolitik im Bundesministerium für Landesverteidigung) die Ergebnisse einer österreichweiten Telefonumfrage (N = 1000), die von der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) und der Sozialwissenschaftlichen Studiengesellschaft (SWS) im Oktober 2002 durchgeführt wurde. Aufgrund des Nationalratswahlkampfes wurde die Präsentation der Ergebnisse auf einen späteren Zeitpunkt gelegt. Erhoben wurde die Einstellung der Österreicher zu einer gemeinsamen Europäischen Armee.

### **Neutralität - emotionale Angelegenheit**

Insgesamt sprachen sich eine deutliche Mehrheit der Befragten (73 %) für eine gesamteuropäische Armee aus, 63 % befürworteten die Teilnahme Österreichs daran. Gleichzeitig sind aber 69 % dagegen, daß Österreich bei Schaffung dieser Armee seine Neutralität aufgibt. *Dr. Heinz Kienzl*, Vizepräsident der ÖGfE, kommentierte das Umfrageergebnis wie folgt: "Die Neutralität ist für die Österreicher so, wie ein alter BMW: er springt schlecht an und ist reparaturanfällig – aber ich habe mich halt so daran gewöhnt." *Kienzl* nannte das Verhältnis der Österreicher zur Neutralität eine "sehr emotionale Angelegenheit". Er verwies auf eine frühere Umfrage, bei der eine klare Mehrheit der Österreicher (68%) der Ansicht war, daß die Neutralität "unverzichtbarer Bestandteil der österreichischen Staatsidee" sei. "Man möchte das *Nicht-mehr-up-to-date-Sein* der Neutralität nicht gerne zur Kenntnis nehmen", so *Kienzl*. Aber immerhin sei langsam eine "Kenntnis der Weltpolitik" nach Österreich vorgedrungen.

### **Aktive Teilnahme**

Österreich soll einen Beitrag zur gemeinsamen europäischen Verteidigung leisten: Wir stellen das bereit und machen das, was wir gut können - Gebirgstruppen (69 %), Pioniertuppen (66 %). Bei den Solidaritätsleistungen meinten die Befragten, Österreich sollte Sanitätseinheiten (96 %) und Zivilschutzeinheiten (90 %) bereitstellen. Nur 46 % wollen auch die Entsendung von Bodentruppen (siehe Tabelle). Daraus läßt sich für die Initiatoren der Studie erkennen, daß die Österreicher keine Trittbrettfahrer oder Schmarotzer in der europäischen Sicherheitspolitik sein wollen. Sie wollen sich auch nicht freikaufen: Nur einen finanziellen Beitrag wollen lediglich 16 % leisten. Die Österreicher wollen Frieden bewahren und sichern, also aktiv an der Friedenserhaltung und Kriegsverhinderung mitwirken.

## **Skepsis über Zusammenarbeit mit USA**

Dies wurde von Generalsekretär *Dr. Bauer* als besonderes Zeichen gewertet, daß die Österreicher sich "nicht ausgrenzen" wollen. Aus der Studie geht hervor, daß die Bevölkerung bereits recht genaue Vorstellungen über ein zukünftiges gesamteuropäisches Heer hat. So sind 82 Prozent für ein Berufsheer, das sich aus Freiwilligen zusammensetzt. In diesem Zusammenhang sprechen sich 77 Prozent dafür aus, daß diese Armee nur für friedenserhaltende Missionen eingesetzt wird, nicht jedoch zur "Friedensschaffung". Lediglich 34 Prozent wollen die Zusammenarbeit einer zukünftigen Europäischen Armee mit den USA im Rahmen der NATO. 59 Prozent sprachen sich für eine völlige Selbstständigkeit aus.

## **EU soll militärischen Rückstand aufholen**

*Erich Reiter*, Leiter des Büros für Sicherheitspolitik im Verteidigungsministerium, betonte in seinen „persönlichen Reflexionen“ über die militärische Zukunft Europas, daß die Europäische Union ihren militärischen Rückstand gegenüber den USA verringern sollte, um ein ernst zu nehmender Partner in der Weltpolitik zu werden. Das Ziel wäre dabei nicht eine weltumspannende Militärmacht wie die der USA, sondern die Fähigkeit, im "Umland" Europas intervenieren zu können.

*SektChef Reiter* hält derzeit die Schaffung einer Europa-Armee für wenig wahrscheinlich. Denn die Bevölkerung sei in dieser Frage "zu weit mehr bereit als die politischen Eliten". Eine Möglichkeit sieht Reiter in der Belassung der konventionellen Landesverteidigung in der Kompetenz der Nationalstaaten, eine Kooperation sollte es aber bei Spezialaufgaben zur Sicherung der Stabilität geben. Einsatzgebiete wären neben dem "Umland Europas" aber auch "unbefriedete Gebiete" in Europa selbst.

Das heißt, daß einzelne Mitgliedsländer Teile ihrer Streitkräfte der EU unterstellen könnten, die dann den Kern einer zukünftigen europäischen Streitkraft bilden würden. Die traditionelle Territorialverteidigung bliebe weiterhin den Nationalstaaten unterstellt, die strategische Verteidigung - einschließlich Luftwaffe, Raketenstreitkräften, Raketenabwehr, Hochseeflotte und auch der Nuklearwaffen - sollte jedoch einer gesamteuropäischen Kontrolle übertragen werden.

## **Mangelndes Vertrauen**

*Reiter* beanstandete in diesem Zusammenhang "mangelndes Vertrauen" in die österreichischen Streitkräfte und die Sicherheitspolitik. Die Menschen hätten lediglich "die einzige Hoffnung, an einem Konflikt nicht teilzunehmen". Dies sei jedoch bereits zu Zeiten des Kalten Krieges unrealistisch gewesen. Einer Umfrage aus 1995 zufolge, auf die bei der Präsentation hingewiesen wurde, sehen 53 Prozent der Befragten in der Neutralität eine Garantie, daß Österreich nicht in militärische Konflikte hineingezogen wird. *Reiter* begrüßte in seinen Ausführungen aber die positive Haltung der österreichischen Bevölkerung bezüglich einer Teilnahme unseres Heeres an einer gesamteuropäischen Armee. Er sieht derzeit "in der Politik weniger Bewegung als im Hausverstand der Menschen".

### **Neutrale sind Minderheit**

Die Chancen für eine europäische Verteidigungsunion muss man auch unter dem Aspekt sehen, daß nur vier der 15 EU-Mitglieder nicht auch gleichzeitig im Verteidigungsbündnis NATO sind, meinte *Reiter*. Diese vier Länder machen nur sieben Prozent der derzeitigen Gesamtbevölkerung der EU aus. Nach der EU-Erweiterung und nach der NATO-Erweiterung wird dieser Prozentsatz noch kleiner, weil dann von den 26 EU-Mitgliedern außer Österreich, Irland, Schweden und Finnland nur noch Malta und Zypern nicht NATO-Mitglieder sein werden. Deshalb wird die NATO bis auf weiteres die bestimmende sicherheitspolitische Institution in Europa bleiben, sagte der Beauftragte für Strategische Studien.

Der Soldat Nr 2-2003